

## Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 112. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 28. Januar 2016

### 1. Abgeordnete

**Dr. Tanja Machalet und  
Kathrin Anklam-Trapp  
(SPD)**

#### **Beschäftigungssituation in Rheinland-Pfalz**

Anfang Januar 2016 hat die Regionaldirektion Rheinland-Pfalz/Saarland der Bundesagentur für Arbeit die aktuellen Arbeitsmarktzahlen vorgelegt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die aktuelle Arbeitsmarktsituation in Rheinland-Pfalz?
2. Wie hat sich die Beschäftigungsquote in Rheinland-Pfalz entwickelt?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Beschäftigung nach Wirtschaftsbereichen?
4. Welche arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Schwerpunkte beziehungsweise Ziele hat die Landesregierung für die kommenden Jahre im Fokus?

### 2. Abgeordnete

**Adolf Kessel und  
Matthias Lammert (CDU)**

#### **Haltung der Landesregierung zu aktuellen Maßnahmen der Zuzugsregulierung**

Wir fragen die Landesregierung:

1. Befürwortet die Landesregierung die Einstufung von Marokko, Algerien und Tunesien als sichere Herkunftsländer?
2. Befürwortet die Landesregierung die Wiedereinführung der Residenzpflicht für Asylsuchende?
3. Befürwortet die Landesregierung die Einführung einer Wohnsitzpflicht für anerkannte Asylsuchende und Flüchtlinge?
4. Welche Maßnahmen hält die Landesregierung für geeignet, um den Zuzug zu reduzieren und zu regulieren?

### 3. Abgeordnete

**Anne Spiegel  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

#### **Sprachkurseangebote für Flüchtlinge**

Bildung ist der Schlüssel zur Integration und für die gesellschaftliche Teilhabe von Flüchtlingen, die nach Rheinland-Pfalz kommen. Damit Integration gelingt, muss frühzeitig für gute Bildungs- und Qualifikationsmöglichkeiten gesorgt werden. Hierfür ist es notwendig, dass alle Flüchtlinge so früh wie möglich die Chance bekommen an Sprachkursen teilzunehmen. Dies ist Grundvoraussetzung sowohl für die Integration in den Arbeitsmarkt wie die gesellschaftliche Teilhabe.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Probleme sind der Landesregierung in Bezug auf die Bereitstellung ausreichender Sprachkurse bekannt?
2. Spürt das Land im Bereich der Sprachförderung eine Entlastung seit der Bund die Integrationskurse geöffnet hat?
3. Welche Sprachförderangebote für Flüchtlinge macht das Land?
4. Welche Maßnahmen sind aus Sicht der Landesregierung notwendig, um eine adäquate Sprachförderung von Flüchtlingen in Rheinland-Pfalz und bundesweit zu gewährleisten?

**4. Abgeordneter  
Martin Brandl (CDU)**

**Jüngste Forderungen der rheinland-pfälzischen Industrie- und Handelskammern (IHKs)**

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum waren die jüngsten Forderungen der vier rheinland-pfälzischen IHKs bislang nicht Gegenstand der Wirtschaftspolitik der Landesregierung?
2. Plant die Landesregierung eine Umsetzung der verschiedenen Forderungen?
3. Wenn ja: In welchem Zeitraum können welche Maßnahmen umgesetzt werden?
4. Wenn nein: Mit welcher Begründung?

**5. Abgeordnete  
Heiko Sippel und  
Anke Simon (SPD)**

**Rechts- und Wertekunde für Flüchtlinge**

Ministerpräsidentin Malu Dreyer und Justizminister Gerhard Robbers starteten bei einer Auftaktveranstaltung in Gau-Algesheim am 21. Dezember 2015 ein neues Projekt der Landesregierung. Ziel der Initiative ist es, in Rheinland-Pfalz mittelfristig einen flächen-deckenden Rechts- und Wertkundeunterricht für Flüchtlinge anbieten zu können.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche inhaltliche Konzeption soll den Unterrichtseinheiten zugrunde liegen?
2. Wer wird den Unterricht durchführen?
3. An wen richtet sich dieser Unterricht konkret?
4. Wie sind die Ziele der Landesregierung hinsichtlich eines quantitativen oder gegebenenfalls qualitativen Ausbaus des Projekts?

**6. Abgeordnete  
Adolf Kessel und  
Simone Huth-Haage  
(CDU)**

**Rot-Grüne Planungen für ein Integrationsgesetz**

Die Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat am 15. Januar 2016 Eckpunkte für ein Integrationsgesetz vorgelegt.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Stimmt die Landesregierung mit den Forderungen der regierungstragenden Landtagsfraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinsichtlich eines Integrationsgesetzes überein?
2. Wird die Landesregierung für Rheinland-Pfalz initiativ werden, um ein Integrationsgesetz auf der Basis der vorgestellten Eckpunkte auf Landes- und Bundesebene voranzutreiben?
3. Bleibt die Landesregierung bei ihrer Auffassung, dass die Verletzung von Pflichten des Migranten im Integrationsprozess nicht gesetzlich sanktioniert werden sollte?
4. Mit welchem finanziellen Aufwand rechnet die Landesregierung für Rheinland-Pfalz, um die Integration der Asylsuchenden und Flüchtlinge erfolgreich zu gestalten?

**7. Abgeordnete  
Anne Spiegel und  
Daniel Köbler  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen**

Die zu uns kommenden Flüchtlinge stellen ein großes Potenzial für unser Land dar. Über die Hälfte ist unter 25 Jahre alt. Wenn es gelingt, sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren, kann uns das helfen, den Mangel an Fachkräften und den demografischen Wandel zu bewältigen. Aber noch immer blockieren zu viele bundesgesetzliche Hürden den Arbeitsmarktzugang von Flüchtlingen, dies beklagen auch Wirtschaftsverbände seit langem. Das muss sich endlich ändern.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Seit wann und in welcher Weise (systematisch?) wird die berufliche Qualifikation von Flüchtlingen in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes Rheinland-Pfalz erfasst?
2. Welche Ergebnisse haben diese Erhebungen ergeben?
3. Mit welchen Maßnahmen fördert die Landesregierung die Arbeitsmarktintegration und Qualifizierung von Flüchtlingen?
4. Wie viele Stellen sind bei der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen der Flüchtlingsaufnahme im Bereich des SGB II und III entstanden vor dem Hintergrund der Empfehlung eines Betreuungsschlüssels von 1:70 durch den Abschlussbericht des Modellprojekts Early Intervention?

8. Abgeordnete  
Bettina Brück und  
Martin Haller (SPD)

#### Schule digital – Der Länderindikator 2015

Die Untersuchung „Schule digital – Der Länderindikator 2015“ der Deutschen Telekom Stiftung, die Ende des Jahres 2015 vorgestellt wurde, liefert länderbezogene Informationen zur aktuellen Situation der digitalen Bildung in Deutschland. Basis dieser Studie ist eine repräsentative Befragung von 1 250 Lehrkräften weiterführender Schulen, die erfragt, wie Lehrer digitale Medien im Unterrichtszusammenhang nutzen und bewerten.

Wir fragen nach dem Kenntnisstand der Landesregierung:

1. Wie schneidet Rheinland-Pfalz in der Studie im Vergleich zu anderen Ländern ab?
2. Wie bewertet die Landesregierung das Abschneiden der rheinland-pfälzischen Schulen?
3. Welche Schwerpunkte legt die Landesregierung in der Weiterentwicklung der Medienkompetenz?

9. Abgeordneter  
Matthias Lammert (CDU)

#### Auswirkungen der „ZIEL-VEREINBARUNG für ein Miteinander ohne Vorbehalte“ auf die Arbeit der rheinland-pfälzischen Polizei

In der Zuständigkeit der damaligen Sozialministerin Dreyer wurde im Jahr 2011 eine „ZIEL-VEREINBARUNG für ein Miteinander ohne Vorbehalte“ erstellt. Darin ist festgelegt, dass in der Berichterstattung der Polizei die „Nationalität beteiligter Personen“ nur dann genannt werden soll, wenn dafür „ein polizeiliches Erfordernis vorliegt“.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung diese Vereinbarung vor dem Hintergrund der Ereignisse in der Silvesternacht in Köln?
2. Ist der Landesregierung bekannt, in welcher Art und Weise und in welchem Umfang die rheinland-pfälzischen Polizeibehörden im Rahmen ihrer Arbeit von dieser Vorgabe Gebrauch gemacht haben?
3. Kann die Landesregierung ausschließen, dass die rheinland-pfälzischen Polizeibehörden die Vorgabe so verstanden haben, dass die Herkunft der Täter so oft wie möglich nicht in Polizeiberichten erwähnt wird?
4. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass das Verschweigen der Nationalität mit der von ihr selbst politisch vorgegebenen Agenda, die Arbeit der Verwaltung für den Bürger transparenter zu gestalten, vereinbar ist?

10. Abgeordneter  
Matthias Lammert (CDU)

#### Einsatz von Polizeischülerinnen und -schülern an Fastnacht

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie viele Polizeischülerinnen und -schüler sollen an Fastnacht eingesetzt werden?
2. In welchem Studiensemester befinden sich die einzusetzenden Polizeischülerinnen und -schüler?
3. Wie lautet die Begründung für diesen Einsatz?
4. Hat es einen vergleichbaren Einsatz an Fastnacht bzw. bei vergleichbaren Großveranstaltungen schon einmal gegeben?

11. Abgeordnete  
Kathrin Anklam-Trapp,  
Heike Scharfenberger und  
Jörg Denninghoff (SPD)

#### Geriatriekonzept

Am 7. Januar 2016 hat Ministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler gemeinsam mit dem Landesverband Geriatrie und der Krankenhausgesellschaft Rheinland-Pfalz e. V. das neue Geriatriekonzept des Landes vorgestellt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Ziele werden mit dem Geriatriekonzept verfolgt?
2. Welche thematischen Schwerpunkte setzt das Konzept?
3. Was waren die bisherigen Erfolge des bestehenden Konzepts?
4. Welche Neuerungen enthält die aktuelle Fortschreibung des Konzepts?

**12. Abgeordnete****Jutta Blatzheim-Roegler**  
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**Umsetzung von Lärmaktionsplänen in Rheinland-Pfalz**

Das Umwelt- und das Infrastrukturministerium haben eine neue „Handreichung“ herausgegeben, in der unter anderem Lärmaktionspläne als wesentliche kommunale Maßnahme für mehr Lärmschutz an Hauptverkehrsstraßen genannt sind. Eckpunkte hierzu wurden auf einer öffentlichen Veranstaltung betroffener Bürgerinitiativen am 22. Januar 2016 in Kandel vorgestellt.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Welche Neuerungen enthält die aktualisierte Handreichung?
2. Welche Unterstützung für Kommunen kann durch die Handreichung gewährleistet werden?
3. Wann wird die Handreichung veröffentlicht?
4. Welche Entwicklungen zeichnen sich auf der Bundesebene ab, um die Lärmemissionen an Durchfahrstraßen zu reduzieren?

**13. Abgeordnete****Matthias Lammert und**  
**Christian Baldauf (CDU)****Konsequenzen der Landesregierung aus den Übergriffen in der Silvesternacht in Köln**

Nach den Ereignissen in der Silvesternacht in Köln hat die Landesregierung ein Sicherheitskonzept für Fastnacht vorgestellt. Darin fordert sie den landesweiten Einsatz von Bodycams und den verstärkten Einsatz von Videoüberwachung an öffentlichen Plätzen. Zudem sollen 400 Bachelorstudenten an den Fastnachtstagen zur Gewährleistung der Sicherheit eingesetzt werden.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Aus welchen Gründen hat die Landesregierung, die bislang jede Forderung der CDU-Landtagsfraktion nach einer Ausweitung der Videoüberwachung und des Einsatzes von Bodycams abgelehnt hat, erst jetzt eingelenkt, nachdem es zu den Übergriffen in der Silvesternacht in Köln gekommen ist?
2. Ist die Landesregierung vor dem Hintergrund des geplanten Einsatzes von Bachelorstudenten der Hochschule der Polizei an Fastnacht nach wie vor der Ansicht, dass die Polizei in unserem Land gut aufgestellt ist?
3. Wie viel Prozent der Beamten bei der Bereitschaftspolizei wurden mittlerweile an die Polizeipräsidien abgeordnet?
4. Werden an den Fastnachtstagen genügend Beamte der Bereitschaftspolizei für landesweite Noteinsätze bereitgehalten, oder werden sich alle Beamten der Bereitschaftspolizei im Einsatz befinden?

**14. Abgeordnete****Astrid Schmitt und**  
**Michael Hüttner (SPD)****Bahnlärmschutz im Mittelrheintal**

Laut einer Mitteilung des rheinland-pfälzischen Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur vom 8. Januar 2016 wird Rheinland-Pfalz Maßnahmen für Lärmschutz im Mittelrheintal mit 8 Millionen Euro unterstützen. Damit ist klar, dass Rheinland-Pfalz einen erheblichen finanziellen Beitrag leisten wird, um die Lärmsituation für die Menschen im Mittelrheintal zu verbessern.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Welche Maßnahmen sind konkret vorgesehen?
2. Welche Vereinbarung zur Kostenverteilung wurde nun getroffen?
3. Gibt es über die hier angesprochenen Maßnahmen hinaus weitere, die ergriffen werden können, um Bahnlärm im Mittelrheintal zu mindern?
4. Inwiefern wird sich der Bund an der Umsetzung beteiligen?

- 15. Abgeordnete**  
**Barbara Schleicher-**  
**Rothmund und**  
**Johannes Klomann (SPD)**
- Hochschulpakt III**  
Wissenschaftsministerin Vera Reiß und die Präsidenten der elf Hochschulen des Landes haben am 18. Januar 2016 in Mainz Zielvereinbarungen zur Umsetzung der dritten Phase des Hochschulpaktes von Bund und Ländern unterzeichnet.  
Wir fragen die Landesregierung:
1. Welche Ziele verfolgen Land und Hochschulen bei der Umsetzung der dritten Programmphase des Hochschulpaktes?
  2. Wie viele Mittel erhalten die Hochschulen gemäß Zielvereinbarungen in den kommenden Jahren?
  3. Wofür erhalten die Hochschulen die Mittel aus dem Hochschulpakt?
  4. Was sind die Eckpunkte der Programmförderung?
- 16. Abgeordnete**  
**Adolf Kessel und**  
**Dr. Susanne Ganster**  
**(CDU)**
- Abschiebungen in Rheinland-Pfalz**  
Presseberichten vom 12. Januar 2016 zufolge waren die Abschiebezahlen des Landes für die Stadt Zweibrücken falsch. So wurden alle Abschiebeversuche als Abschiebungen gezählt.  
Wir fragen die Landesregierung:
1. Wie erklärt die Landesregierung die falschen Zahlen für die Stadt Zweibrücken?
  2. Kann die Landesregierung ausschließen, dass auch für andere Landkreise und kreisfreie Städte Abschiebeversuche als vollzogene Abschiebungen gewertet werden?
  3. Unterstützt die Landesregierung die im Asylpaket II vorgeschlagenen Erleichterungen zur Abschiebung, damit Abschiebeversuche häufiger erfolgreich verlaufen?
  4. Bleibt die Landesregierung bei ihrer Ablehnung einer landesweit zentralisierten Abschiebung?
- 17. Abgeordnete**  
**Daniel Köbler,**  
**Pia Schellhammer,**  
**Anne Spiegel und**  
**Nils Wiechmann**  
**(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
- Nicht vollstreckte Haftbefehle gegen Rechtsextreme**  
In Deutschland waren bis zum Stichtag 15. September 2015 mehr als 450 Haftbefehle gegen 372 rechtsmotivierte rechtskräftig verurteilte Straftäter nicht vollstreckt worden. Dies geht aus einer Anfrage der Grünen-Politikerin Irene Mihalic an die Bundesregierung hervor. Wahrscheinlich sind die gesuchten Straftäter untergetaucht, um sich einer Verhaftung zu entziehen. Es handelt sich hierbei u. a. um Straftaten wie Betrug, schwere Körperverletzung, Totschlag, Raub, Beschaffungskriminalität, Diebstahl und Bankraub. Insbesondere vor dem Hintergrund der damaligen Bildung der rechtsextremen Terrorzelle „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) geben die Zahlen Anlass zur Besorgnis.  
Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:
1. Wie viele nicht vollstreckte Haftbefehle gegen rechtskräftig verurteilte rechtsmotivierte Straftäter gibt es in Rheinland-Pfalz (bitte aufschlüsseln für die Jahre 2012 bis 2015)?
  2. Wegen welcher Delikte wurden die Täter verurteilt?
  3. Wieso werden die Haftbefehle nicht vollstreckt (bitte Gründe auflisten)?
  4. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung im Falle untergetauchter Straftäter, die sich einer Haftstrafe entziehen?
- 18. Abgeordneter**  
**Thorsten Wehner (SPD)**
- Bilanz der Grünen Woche**  
Die Grüne Woche 2016 ist vor kurzem zu Ende gegangen. Rheinland-Pfalz hat sich mit einem neuen Konzept wieder an dieser weltgrößten Landwirtschaftsmesse beteiligt. Unter anderem wurde unter der Bezeichnung Weinwerk ein innovatives Konzept für die Präsentation deutscher Weine und Sekte vorgestellt. Die Neuorientierung stellt eine Veränderung der Präsentation von Rheinland-Pfalz gegenüber der Vergangenheit dar und grenzt sich auch gegenüber den anderen Bundesländern ab.  
Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:
1. Wie beurteilt die Landesregierung den Erfolg der Landespräsenz bei der Grünen Woche?
  2. Wie sieht die Landesregierung die zukünftige Beteiligung des Landes an der Grünen Woche?
  3. Wie werden die Auswirkungen auf die Landwirtschaft und die Regionen eingeschätzt?
  4. Wie will die Landesregierung konzeptionell zukünftig weiter verfahren?

**19. Abgeordneter  
Martin Haller (SPD)**

**300 Mbit/s-Machbarkeitsstudie**

Ministerpräsidentin Malu Dreyer und der TÜV Rheinland haben am 6. Januar 2016 die Ergebnisse der durch die Landesregierung beauftragten 300 Mbit/s-Machbarkeitsstudie vorgestellt, die das Potenzial von ultraschnellem Internet in Rheinland-Pfalz untersucht. Am 20. Januar 2016 wurden den kommunalen Vertretern durch Ministerpräsidentin Malu Dreyer detaillierte Netzplanungen für die jeweiligen Landkreise übergeben, die im Rahmen der Machbarkeitsstudie erstellt wurden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Bedeutung von ultraschnellen Breitbandnetzen für Rheinland-Pfalz?
2. Welches Ziel verfolgt die Landesregierung mit der 300 Mbit/s-Machbarkeitsstudie?
3. Wie bewertet die Landesregierung das Potenzial für den flächendeckenden Ausbau von Bandbreiten von 300 Mbit/s plus in Rheinland-Pfalz?